



## Sitzungsniederschrift

Gremium : **Finanzausschuss**  
Sitzungsort : **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal**  
Sitzungstag : **Montag, 24.06.2019**  
Sitzungsbeginn : **17:30 Uhr**  
Sitzungsende : **18:00 Uhr**

### Vorsitz

Herr Ralf Niebusch

### Teilnehmer

Herr Norbert Austrup  
Herr André Drinkuth  
Herr Ernst-Rainer Fust  
Herr Daniel Hagemeier  
Herr Peter Hellweg  
Herr Hubert Kobrink  
Frau Beatrix Koch  
Frau Barbara Köß  
Herr Ludger Lücke  
Herr Werner Pötter  
Herr Wolf-Rüdiger Soldat  
Frau Svea Stehmann  
Frau Lena Stepien  
Herr Markus Westbrock  
Herr Florian Westerwalbesloh  
Herr Martin Wilke

### Verwaltung

Frau Simone Ikemann  
Herr Michael Jathe  
Herr Bürgermeister Karl-Friedrich Knop

Frau Jasmin Lex  
Frau Isabel Petermann

**es fehlten entschuldigt:**

**Teilnehmer**

Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos  
Herr Christoffer Siebert

## Inhaltsverzeichnis

### **Öffentliche Sitzung**

**Seite:**

1. Befangenheitserklärungen
2. Finanzstatusbericht I/2019  
Vorlage: M 2019/200/4298
3. Verwendung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm Gute Schule  
2020  
Vorlage: B 2019/400/4296
4. Maßnahmenfreigaben
5. Verschiedenes
- 5.1. Mitteilungen der Verwaltung
- 5.2. Anfragen an die Verwaltung

Zu Beginn der Sitzung begrüßt Herr Niebusch die Mitglieder des Finanzausschusses, die Gäste und Mitarbeiter der Verwaltung.

Herr Niebusch stellt fest, dass der Finanzausschuss form- und fristgerecht eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

Daraufhin eröffnet Herr Niebusch die Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1. Befangenheitserklärungen**

Es wurden keine Befangenheitserklärungen abgegeben.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

### **2. Finanzstatusbericht I/2019 Vorlage: M 2019/200/4298**

Herr Jathe erläutert, dass die Verwaltung traditionell zum Sommeranfang die erste Finanzstatusprognose für das laufende Jahr vorlege. Erstmals seit zwei Jahren könne er leider keine deutlichen Verbesserungen gegenüber der Planaufstellung vermelden. Aber insgesamt sei die Stadt Oelde trotz einiger Mehraufwendungen vor allem im Baubereich weiterhin auf Kurs.

Bei Aufstellung des Haushaltes habe man bei einem Gesamthaushaltsvolumen von knapp 87,5 Mio. EUR ein Jahresfehlbetrag von -750 TEUR erwartet.

Nach der aktuellen Prognose zeichne sich zum Jahresende nunmehr eine leichte Verschlechterung ab. Herr Jathe erwarte ein etwas höheres Defizit von nunmehr -1,17 Mio. EUR. Gegenüber der Planung verschlechtere sich das prognostizierte Jahresergebnis damit um einen Betrag von 420 TEUR.

Diese Entwicklung erfordere laut Herrn Jathe einen besonders sparsamen und kritischen Blick auf die Notwendigkeit aller laufenden Auszahlungen. Die Entwicklung sei aber gleichwohl nicht besorgniserregend. Trotz dieses voraussichtlich höheren Defizitbetrags könne man aus der durch Überschüsse der Vorjahre angelegten Ausgleichsrücklage weiterhin den Fehlbetrag decken, so dass der Haushalt weiterhin rechnerisch ausgeglichen werden könne. Daher seien aktuell haushaltsrelevante Maßnahmen wie z.B. Sperrung einzelner Ansätze nicht erforderlich. Insofern seien weiterhin für alle laufenden Projekte die Ampeln „auf grün gestellt“. Das kleine orangene „Achtung-Lämpchen“ im Hintergrund mahne jedoch zu besonderer Achtsamkeit. Die Abweichungen im Ergebnisplan stellten insgesamt weniger als 0,5 % des gesamten Haushaltsvolumens dar.

Weiter erläutert Herr Jathe, dass die Verwaltung auf der Ertragsseite bei den Steuereinnahmen derzeit insgesamt eine überwiegend planmäßige Entwicklung erwarte. Hier enthalte der Haushalt aber noch

einige Risiken, die er nicht verschweigen wolle, auch wenn man sie heute noch nicht summenmäßig beziffern könne. So wisse die Verwaltung, dass es bei der Einkommens- und Umsatzsteuer auf Bundes- und Landesebene zu Korrekturen der Ertragserwartungen nach unten gekommen sei. Die Steigerungsraten würden niedriger ausfallen, als noch im Vorjahr prognostiziert. So erwarte das Land NRW in diesem Jahr zwar weiterhin einen Steueranstieg, aber dieser werde rund 312 Mio. EUR niedriger ausfallen, als ursprünglich erhofft. „Weniger vom Mehr“ laute die Kurzformel, so Herr Jathe. Inwieweit dies zu Rückgängen bei den städtischen Einnahmen aus den vom Land weitergeleiteten Einkommens- und Umsatzsteueranteilen führe, könne man erst im Herbst 2019 berechnen, weil das Land erst dann eine gemeindescharfe Regionalisierung der Steuerdaten vorlegen werde. Hier sei ein sorgsames Beobachten der Entwicklung auf Landesebene erforderlich. Man müsse hier zufrieden sein, wenn die Stadt Oelde die derzeitigen Ansätze am Jahresende erreichen werde. Auf Mehrerträge dürfe man hier – anders als in Vorjahren - jedenfalls nicht hoffen.

Bei den Einnahmen im Bereich der Gewerbesteuer liege die Verwaltung mit einem Anordnungssoll i. H. v. 22,2 Mio. EUR zwar derzeit noch rund 900 TEUR unterhalb des Haushaltsansatzes i. H. v. 23,1 Mio. EUR, gleichwohl gehe die Verwaltung aufgrund leichter Steigerungen in den vergangenen Wochen derzeit davon aus, diesen Ansatzwert im Laufe des Jahres auch erreichen zu können. Zu Beginn des Jahres sah es noch deutlich schlechter aus, gibt Herr Jathe zu. Aber in den letzten Wochen habe sich hier eine leichte Tendenz nach oben eingestellt.

Gleichwohl rechne man damit, dass die Gewerbesteuereinnahmen in diesem Jahr dennoch mehr als 3 Mio. EUR unterhalb der guten Jahresergebnisse der beiden Vorjahre liegen werden, da die in den Vorjahren prägenden großen Steuernachzahlungen nunmehr nicht mehr so umfangreich seien. Diese Entwicklung sei vorauszusehen gewesen - sie spiegele sich in dem bereits entsprechend niedrigeren Haushaltsansatz des laufenden Jahres wider, da erwartungsgemäß am Ende einer mehrjährigen Aufschwungphase die Nachzahlungen aus Phasen starken Unternehmenswachstums abflachen. Erfreulicher Weise seien die Vorauszahlungen für das laufende Jahr gut. Ein Zeichen, dass die heimische Wirtschaft weiterhin auf hohem Niveau erfolgreich sei. Konsolidierungen an der ein oder anderen Stelle seien da eher normal.

Zudem gibt Herr Jathe einen kurzen Überblick zur Aufwandsseite. Hier würden im Saldo insgesamt rund 300 TEUR Mehraufwand erwartet. Bei einem Haushaltsvolumen von rund 87 Mio. EUR mit einem Anteil von unter 0,5 % sei dies sehr wenig. Gleichwohl besorgniserregend seien hier vor allem die derzeit deutlichen Kostensteigerungen für die von der Stadt Oelde einzukaufenden Sach- und Dienstleistungen. Kosten für Handwerkerlöhne wie auch benötigte Materialien stiegen derzeit sprunghaft an - stärker als vorhergesehen und erhofft. Dementsprechend würden viele Sanierungsmaßnahmen teurer als kalkuliert. Nicht weil schlecht kalkuliert werde, sondern weil kostensteigernde Effekte derzeit außerhalb statistischer Vorhersehbarkeit eintreten. Insgesamt erwarte die Stadt Oelde einen Anstieg bei den Sach- und Dienstleistungsaufwendungen von voraussichtlich rund 530 TEUR. Dieser Mehraufwand könne durch Einsparungen leider nur teilweise kompensiert werden.

Deutlich größer fielen voraussichtlich Änderungen im Finanzplan der Stadt Oelde aus, so Herr Jathe. Während bei der Planaufstellung bereits ein sehr beachtliches Investitionsvolumen von rund 27 Mio. EUR (davon 5 Mio. EUR Grunderwerb und 17,6 Mio. EUR für Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau) vorgesehen war, erhöhe sich das Volumen nochmals im Rahmen der aus 2018 übertragenen – weil verschobenen – Baumaßnahmen um fast 8 Mio. EUR im Baubereich. Der fortgeschriebene Ansatz weise daher Investitionen in der Größenordnung von 35,4 Mio. EUR, davon über 25 Mio. EUR für den Baubereich, aus. Dieses Finanzvolumen werde die Stadt Oelde durch gestrichene Maßnahmen wie den Marktplatzausbau oder zeitlich verschobene Maßnahmen wie den Bau der multifunktionalen Dreifachturnhalle in 2019 deutlich unterschreiten. Aber Herr Jathe betont, dass „aufgeschoben nicht aufgehoben“ sei und auch nicht eingespart werde. Die entsprechenden Maßnahmen werde man im neuen Haushaltsplan dann erneut veranschlagen. Der geringere Investitionsmittelabfluss bescherte der Stadtkasse als positiver Nebeneffekt jedenfalls eine gute Liquiditätsslage, so dass voraussichtlich trotz zahlreicher verbleibender Maßnahmen in diesem Jahr erneut keine Kreditaufnahme erforderlich sein werde und entsprechend weniger Darlehenszinsen zu zahlen sein werden.

Anschließend stellt Frau Ikemann anhand einer Power-Point-Präsentation die wesentlichen Abweichungen im Bereich der Ergebnis- und Finanzrechnung im Detail dar.

*Nachrichtlich: Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.*

### **Abweichungen im Bereich der Ergebnisrechnung**

Die Ertragsseite werde voraussichtlich Mindererträge in Höhe von ca. 67 TEUR aufweisen. Auf der Aufwandsseite erwarte die Verwaltung aktuell Mehraufwendungen in Höhe von ca. 290 TEUR. Diese Abweichungen könne man im Wesentlichen auf die folgenden Bereiche zurückführen:

Frau Ikemann führt weiter aus, dass im Bereich der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ca. 530 TEUR an Mehraufwendungen erwartet würden. Ursache hierfür seien Mehrkosten im Bereich der Sanierung von Gebäuden und Tiefbaumaßnahmen aufgrund von Ausschreibungsergebnissen. Außerdem seien zusätzliche Kosten durch die Durchführung der Bürgerentscheide entstanden. Ein weiterer Bereich, der zur Erhöhung der erwarteten Aufwendungen führen werde, sei die Kostenerhöhung für die Nutzung der Kreisleitstelle durch den Kreis Warendorf. Im Gegensatz dazu würden in den Bereichen der Kindertagespflege und der Jugendsozialarbeit Minderaufwendungen erwartet. Hintergrund für die Minderaufwendungen bei der Kindertagespflege seien die derzeitigen Fallzahlen. Im Bereich der Jugendsozialarbeit erwarte man Minderaufwendungen, da die Stelle der Schulsozialarbeit an den Grundschulen durch städtisches Personal besetzt werden konnte.

Im Bereich der Transferaufwendungen erwarte die Verwaltung Minderaufwendungen in Höhe von ca. 235 TEUR, die sich im Wesentlichen auf die Anpassungen in den folgenden Bereichen zurückführen ließen, so Frau Ikemann. Zum einen sei diese Tendenz auf die zunehmende Erwerbstätigkeit der Asylbewerber zurückzuführen. Zum anderen werde im Produktbereich 6 Kinder-, Jugend- und Familienhilfen aufgrund der niedrigeren Fallzahlen im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer mit Minderaufwendungen gerechnet. Diesen Minderaufwendungen stünden Mehraufwendungen durch die erhöhten Fallzahlen im Bereich der ambulanten Hilfen gegenüber.

Bezüglich der Vergnügungssteuer seien laut Frau Ikemann Mindererträge zu erwarten, die auf verschiedene gesetzliche Verschärfungen für die Spielhallenbetreiber zurückzuführen seien. Die Leistungen nach Familienleistungsausgleich würden im Gegensatz dazu voraussichtlich steigen. Somit erwarte man im Saldo in diesem Bereich Mindererträge in Höhe von ca. 49 TEUR.

Mindererträge seien außerdem im Bereich der Kostenerstattungen und Kostenumlagen zu erwarten, welche sich auf ca. 54 TEUR belaufen würden. Dieser Rückgang lasse sich im Wesentlichen auf die derzeitigen Fallzahlen im Bereich des Unterhaltsvorschusses und dem Bereich der Hilfen in Not und Krisensituation zurückführen.

Die Mindererträge im Bereich der sonstigen ordentlichen Erträge i. H. v. 41 TEUR ließen sich im Wesentlichen auf den Bereich der Gewerbesteuerzinsen zurückführen. Hintergrund seien rückläufige Veranlagungen von Altjahren im Vergleich zum Vorjahr.

Im Bereich der Zuwendungen und allgemeine Umlagen erwarte die Verwaltung Mehrerträge in Höhe von 55 TEUR. Ursache hierfür sei im Wesentlichen die erwartete Ertragsverbesserung im Produktbereich Kinder-, Jugend- und Familienhilfen aufgrund der Spitzabrechnung und der höheren Zahlungen für die integrative Erziehung.

Bezüglich der privatrechtlichen Leistungsentgelte erwarte die Verwaltung laut Frau Ikemann Mehrerträge in Höhe von ca. 80 TEUR, die im Wesentlichen auf die Grundstücksverkäufe im Neubaugebiet „Benningloh II“ zurückzuführen seien. Hintergrund sei, dass einige Grundstücksverkäufe anders als erwartet, erst Anfang 2019 realisiert werden konnten.

### **Prognosen im Bereich der Finanzrechnung**

Frau Ikemann führt aus, dass die Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten voraussichtlich um ca. 3,5 Mio. EUR steigen würden. Im Bereich der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten seien Minderauszahlungen in Höhe von ca. 4,9 Mio. EUR zu erwarten. Im Bereich der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit prognostiziere die Verwaltung Mindereinzahlungen in Höhe von 19,5 Mio. EUR. Die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit reduzieren sich voraussichtlich um ca. 140 TEUR. Diese Abweichungen ließen sich im Wesentlichen auf die folgenden Bereiche zurückführen:

Die Steigung im Bereich der Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten lasse sich, wie bereits bei den Erträgen aus privatrechtlichen Leistungsentgelten dargestellt, auf die Verschiebung einiger Grundstücksverkäufe des Neubaugebiets „Benningloh II“ von 2018 auf Anfang 2019 zurückführen. Dies betreffe sowohl den Bereich der Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen in Form des reinen Kaufpreises ohne Beiträge als auch den Bereich der Beiträge und ähnlichen Entgelten, wozu die Kanalanschluss-, Erschließungs- und Naturschutzbeiträge gehörten.

Die Mindereinzahlungen im Bereich der Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen ließen sich laut Frau Ikemann im Wesentlichen auf die Nichtdurchführung der Umgestaltung des Marktplatzes zurückführen. In diesem Zusammenhang möchte sie erwähnen, dass die Umsetzung der anderen Maßnahmen aus dem Masterplan und die damit verbundenen Förderungen zu überprüfen seien.

Die Reduzierung der Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten lasse sich im Wesentlichen auf die Nichtdurchführung der Umgestaltung des Marktplatzes sowie die Verschiebung einiger Baumaßnahmen, wie beispielsweise diverse Straßenbaumaßnahmen oder der Bau der multifunktionalen Dreifachsporthalle, in das Folgejahr zurückführen.

Im Bereich der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeiten sei ein Rückgang von ca. 19,4 Mio. EUR zu erwarten. Ursache hierfür sei zum einen, dass nach aktuellem Stand keine Aufnahme von Investitionskrediten notwendig werde, wobei der Bedarf tatsächlich erst zum 31.12.19 feststehen werde. Zum anderen reduzierten sich die Tilgungsleistungen, da die eingeplante Kreditaufnahme voraussichtlich nicht erfolge und somit die damit verbundenen Tilgungsleistungen entfallen werden. Die voraussichtliche Tilgungsleistung in Höhe von 3,2 Mio. EUR enthalte zum einen die Tilgungsleistungen für die bestehenden Kredite sowie die geplante Sondertilgung i. H. v. ca. 2 Mio. EUR.

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

### **3. Verwendung von Fördermitteln aus dem Landesprogramm Gute Schule 2020 Vorlage: B 2019/400/4296**

### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat mehrheitlich mit 4 Nein-Stimmen und 12 Ja-Stimmen das als Anlage 1 beigefügte geänderte Konzept für die Verwendung der Fördermittel aus dem Landesprogramm „Gute Schule 2020“ zu beschließen.

*Nachrichtlich: Das geänderte Konzept ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.*

#### **4. Maßnahmenfreigaben**

Keine.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

#### **5. Verschiedenes**

##### **5.1. Mitteilungen der Verwaltung**

Keine.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

##### **5.2. Anfragen an die Verwaltung**

Keine.

#### **Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

Vorsitzender

Schriftführerin